

Wir machen den Welthandel fair



41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Klemens Griesehop (Berlin-Pankow KV)

Änderungsantrag zu WB-WH-01

Von Zeile 109 bis 111 einfügen:

von Unternehmen wie im „Textilbündnis“ der Großen Koalition sind oft wirkungslos und reichen nicht aus. Sowohl für das „Textilbündnis“ als auch für den „Nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte“ muss die Verpflichtung für Unternehmen aufgenommen werden, dass sie innerhalb ihrer Lieferkette in den Ländern ökologische und soziale Mindeststandards einhalten und existenzsichernde Löhne zahlen. Um fair produzierten Produkten aus der Nische zu helfen, fordern wir Grünen eine bessere Kennzeichnung. So soll für Kundinnen und Kunden sofort erkennbar sein, welches

Begründung

Mit dem „Textilbündnis“ und dem „Nationalen Aktionsplan für Wirtschaft und Menschenrechte“ hat die Bundesregierung zwar die Leitprinzipien der Vereinten Nationen umgesetzt, die sowohl Staaten als auch Unternehmen dazu verpflichten, Menschenrechte zu schützen. Diese Pläne Bundesregierung beinhalten in der Regel unverbindliche Selbstverpflichtungen und verhindert keine Kinderarbeit, Ausbeutung der Textilarbeiter*innen in Bangladesch und die Umweltzerstörung.

Unterstützer*innen

Thomas Dyhr (Brandenburg LV); Ralf Henze (Odenwald-Kraichgau KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Frank-Christian Baum (Hannover RV); Elke Struzena (Fürstenfeldbruck KV); Kerstin Dehne (München KV); Andreas Knoblauch (Salzgitter KV); Philipp Schmagold (Kiel KV); Leo Neydek (Rhein-Lahn KV); Simon Lissner (Limburg-Weilburg KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Steffen Ulbrich (Berlin-Pankow KV); Tobias Wolf (Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg KV); Andreas Müller (Essen KV); Karl-Wilhelm Koch (Vulkaneifel KV); Horst Schiermeyer (Görlitz KV); Joachim Schmitt (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Andrea Piro (Rhein-Sieg KV); Marc Andreßen (Rotenburg/Wümme KV)